

Beschluss der 35. DV vom 05.11.2011

Zur 35. Delegiertenversammlung am 05.11.2011 stand die Thematik „Frauen im Spannungsfeld des Extremismus“ auf der Tagesordnung. Das Resultat dieser Tagung ist das Positionspapier, welches zur 36. Delegiertenversammlung am 12.05.2012 einstimmig verabschiedet wurde.

Beschlüsse der 34. Delegiertenversammlung am 2. 7. 2011

Zählkommission: Renate Ullrich, Christine Wunschik.
29 Stimmberechtigte sind derzeit in der Versammlung.

Alle 5 Anträge wurden vom Vorstand des LFR eingebracht.

Antrag 1 Frauengesundheitsbericht

„Der Landesfrauenrat Thüringen e.V. fordert die Landesregierung auf, einen Frauengesundheitsbericht zu verfassen und diesen als Grundlage für gesundheitspolitische Entscheidungen heranzuziehen.“

Abstimmung: Angenommen mit 29 Ja-Stimmen.

Antrag 2 Evaluierung der Satzung des LFR

„Die Delegiertenversammlung möge beschließen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die Evaluierung der Satzung des Landesfrauenrates und eventuelle Satzungsänderungsanträge vorbereitet.“

Abstimmung: Angenommen mit 28 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Antrag 3 Übertragung und Umsetzung der Forderungen des 1.

Gleichstellungsberichts der Bundesregierung auf den Freistaat Thüringen

„Der Landesfrauenrat setzt sich für die Übertragung und Umsetzung der Forderungen der Sachverständigenkommission des 1. Gleichstellungsberichts der Bundesregierung im Freistaat Thüringen ein.“

Abstimmung: Angenommen mit 28 Ja-Stimmen (derzeit 28 Stimmberechtigte)

Antrag 4 Forderung der Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle in Thüringen

„Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung auf, eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle in Thüringen einzurichten und mit den erforderlichen Mitteln für eine qualifizierte Arbeit auszustatten.“

Abstimmung: Angenommen mit 26 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen.

Antrag 5 Förderung für Beschäftigung über das LAP Teil B

„Der Landesfrauenrat fordert die Landesregierung auf, die Förderung von

Beschäftigung über das Landesarbeitsmarktprogramm von 9 auf mindestens 12 Monate anzuheben. “

Abstimmung: Angenommen mit 18 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen.